

Inhalt

Vorbemerkung	3
Abkürzungen	11
§ 1 Begriff und Wesen der öffentlichen Sachen	15
I. Der Sachbegriff	16
II. Der öffentlich-rechtliche Status	17
1. Die Sachen des „Finanzvermögens“	17
2. Entstehung durch Rechtsakt	18
3. Verwaltungsrechtlicher Sonderstatus als „dingliche“ Rechtsmacht	18
4. Das „öffentliche Eigentum“	19
5. Dualistische Konstruktion des Rechtsstatus	24
a) Grundlagen	24
b) Die geltende Gesetzeslage	24
c) Die Vorteile des dualistischen Systems	25
6. Öffentlich-rechtlicher Sonderstatus ohne „Dinglichkeit“ – Das Verhältnis von „Sachen“- und „Anstaltsrecht“	26
a) Die „öffentliche Einrichtung“ als Sache	26
b) Das (Anstalts-)Benutzungsverhältnis	27
c) Zusammentreffen von Anstalts- und Sachenrecht	28
d) Dingliche Rechtsmacht als unzulässige Fiktion	28
e) Der „schuldrechtliche“ Sonderstatus	30
§ 2 Die Arten der öffentlichen Sachen	30
I. Öffentliche Sachen im Zivilgebrauch	31
1. Sachen im Gemeingebrauch	31
a) Die öffentlichen Straßen	31
aa) Einteilung und gesetzliche Regelung	31
bb) Die verschiedenen Nutzungsrechte (Übersicht)	32
b) Die öffentlichen Gewässer	34
aa) Gesetzliche Grundlagen	34

bb) Wasserwegerechtliche und wasserwirtschaftliche Nutzungsrechte	35
c) Der Luftraum	36
2. Öffentliche Sachen im Sondergebrauch	36
a) Die wasserwirtschaftliche Benutzung	36
b) Erlaubnis und Bewilligung	37
c) Wasserwirtschaftlicher Gemeingebrauch	38
d) Das Gewässereigentum	38
3. Öffentliche Sachen im „Anstaltsgebrauch“	39
a) Der Anstaltsbegriff	39
b) Die verschiedenen Organisationsformen	41
c) Organisationsform und Nutzungsstatut	41
d) „Öffentliche Einrichtung“	42
i. S. des Kommunalrechts	42
aa) Einstufige oder zweistufige Rechtsverhältnisse	42
bb) Einwirkungspflicht des Muttergemeinwesens	43
cc) Zulassungsanspruch und öffentlich-rechtlicher Sonderstatus	43
e) Ordentliche Benutzungen	44
f) Sonderbenutzungen	45
II. Öffentliche Sachen im Verwaltungsgebrauch	46
III. Die res sacrae	47
 § 3 Entstehung, Inhalt und Beendigung des öffentlich-rechtlichen Status	50
I. Entstehung einer „öffentlichen Sache“	50
im Rechtssinne	50
1. Rechtsform und Rechtsnatur der Widmung	50
a) Widmung durch Rechtssatz	50
b) Widmung durch „dinglichen“ Verwaltungsakt	51
2. Das Verwaltungsverfahren zur Anlegung öffentlicher Straßen	53
a) Die politische Planungsentscheidung	53
b) Das Planfeststellungsverfahren	54
c) Das Enteignungsverfahren	55
d) Einbeziehung in besondere Planfeststellungsverfahren	55
e) Straßenplanung durch Bebauungsplan	56
aa) Anwendungsbereich	56
bb) Fiktion einer Widmung	57

3. Widmung bei Sachen im „Anstalts-“ und Verwaltungsgebrauch	58
4. Zulässigkeitsvoraussetzungen einer verwaltungsaktsmäßigen Widmung	59
a) Die Verfügungsmacht der Widmungsbehörde	59
b) Die Zustimmung des Unter- haltungspflichtigen	61
5. Rechtsfolgen bei fehlerhafter Widmungsverfügung	62
II. Beendigung des öffentlich-rechtlichen Sonderstatus („Entwidmung“, „Einziehung“)	64
III. Die Änderungsverfügung („Umstufung“)	65
1. Die verschiedenen Straßengruppen	65
2. Eingruppierung, Aufstufung, Abstufung	66
IV. Die Rechtsverhältnisse an öffentlichen Sachen und die verschiedenen Rechts- und Funktionsträger	67
1. Der Sacheigentümer	67
a) Der Straßeneigentümer	67
b) Der Gewässereigentümer	68
2. Der Träger der Bau- und Unterhaltungslast	69
a) Die Straßenbaulast	70
aa) Inhalt	70
bb) Die „Begünstigten“	71
cc) Träger der Straßenbaulast	72
b) Die Gewässerunterhaltung	73
aa) Inhalt	73
bb) Der Unterhaltungspflichtige	74
cc) Der Adressat der Unter- haltungspflicht	75
3. Die wege- und gewässerherrschaftlichen Funktionen und ihre Träger	76
a) Die Rechtslage im Straßenrecht	76
b) Die Rechtslage im Wasserrecht	77
4. Straßenverkehrsbehörden, Verkehrspolizei	78
5. Die beteiligten Behörden beim Planfeststellungs- und Enteignungsverfahren	79
a) Aufstellungsbehörde	79
b) Anhörungsbehörde	79
c) Feststellungsbehörde	80
d) Enteignungsrecht – Enteignungsbehörde	80
§ 4 Der Gemeindegebrauch an öffentlichen Straßen	82
I. Eigentum, öffentlich-rechtliche Sachherrschaft, Gemeindegebrauch	82

II. Eigentumsbeschränkende Funktion der straßenrechtlichen	
Widmung – Zur Restherrschaft des Eigentümers	85
1. Die privatrechtliche Verfügungsbefugnis	85
2. Realakte des Eigentümers	86
3. Geltendmachung der öffentlich-rechtlichen	
Sachherrschaft	86
4. Herausgabe- und Abwehransprüche des	
Eigentümers	88
5. Sondervorschriften über die Restherrschaft	
des Eigentümers	89
III. Gemeingebrauchsbestimmende und -begrenzende	
Widmungsfunktion	91
1. Grundlagen	91
2. Verkehrsgebrauch	92
3. Anliegergebrauch	93
4. Der ruhende Verkehr	95
5. „Zum Zwecke des Verkehrs“ als	
subjektive Komponente	96
a) Die gewerblich-kommerzielle	
Zweckverfolgung	97
b) Politische Information und Werbung	97
6. Sonderregelungen durch Satzung	101
7. Besondere Gemeingebrauchsschranken	101
8. Die zum Gemeingebrauch Berechtigten	102
9. Erlaubnisfreie Benutzung	102
10. Unentgeltlichkeit?	102
11. Gebrauch im Rahmen der	
Verkehrsvorschriften	103
IV. Gemeingebrauch und subjektives öffentliches Recht	105
1. Der „schlichte“ Gemeingebrauch	105
2. Der Anliegergebrauch	107
a) Grundlagen	107
b) „Kontakt nach außen“	107
c) Erhaltung der Lagevorteile	108
d) Vorübergehende „Kontaktstörungen“	109
§ 5 Sondernutzung an öffentlichen Straßen	111
I. Grundlagen	111
II. Sondernutzungserlaubnis	113
1. Voraussetzungen, Formen und Inhalt	
der Erlaubniserteilung	113
2. Benutzungsgebühr	114
3. Erlaubnisbehörde	115

4. Das Verhältnis zu anderen verwaltungs- rechtlichen Erlaubnissen und Genehmigungen	115
5. Duldungspflicht des Eigentümers	116
6. Der „illegale“ Sondergebrauch	117
III. Gestattung des Wegeeigentümers	117
1. Anwendungsbereich	117
2. Bindungen des Wegeeigentümers	119
IV. Sondergebrauch nach „dualistischem System“?	119
§ 6 Eigentumsrestherrschaft, Gemeingebrauch und Sondergebrauch im Wasserrecht	120
I. Eigentumsbegrenzende Funktion der Widmung	121
II. Gemeingebrauchsbegrenzende Funktion der Widmung	122
1. Wasserwegerecht	123
2. Wasserhaushaltsrecht	123
a) Gemeingebrauch	123
b) Anlieger- und Hinterliegergebrauch	125
3. Wasserwirtschaftliche Sondernutzungen	125
a) Die beiden Nutzungsformen	125
b) Erlaubnis und Bewilligung – Unterschiede	126
c) Verhältnis zu anderen verwaltungsrechtlichen Erlaubnissen und Genehmigungen	129
d) Ermessen	130
e) Spezielle Zulässigkeitsvoraussetzungen für Erlaubnisse und Bewilligungen	131
f) Unentgeltlichkeit	131
g) Widerruf und Rücknahme	132
III. Abstrakter und individueller Gemeingebrauch	133
1. Wasserwegerecht	134
a) Bedeutung des Schiffsfahrtsrechts	134
b) Gesetzgebungskompetenzen	134
c) Verwaltungskompetenzen	136
2. Wasserwirtschaftliche Benutzung	136
§ 7 Nachbarrecht	136
I. Das private Nachbarschutzrecht	137
1. Inhalt	137
2. Anwendbarkeit bei öffentlichen Sachen	139
II. Das öffentliche Nachbarschutzrecht	141
1. Der öffentlich-rechtliche Abwehranspruch des Nachbarn	141
2. Duldungspflichten des Nachbarn	142

3. Kritik an der herrschenden Lehre	144
a) Generelle ungeschriebene Duldungspflicht?	144
b) Geltung des § 906 BGB im öffentlichen Recht?	144
4. Spezielles Nachbarschutzrecht bei Planfeststellungsverfahren	146
a) Präklusionswirkung des Planfeststellungs- beschlusses	146
b) Der Anspruch auf Schutzanlagen	147
c) Auswirkungen des Bundesimmissions- schutzrechts	149
5. Straßenbau aufgrund Bebauungsplans	151
Literatur	154
Sachregister	156